

Die Situation der Indigenen in Brasilien



Copyright: Denisa Sterbova / Misereor

Eine sehr emphatische Beschreibung über die Situation befindet sich hier [↓](#), **ab Seite 6:**

www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Infothek/misereor-herausforderung-hunger-jahresheft-welternaehrung-2022.pdf

Zum brasilianischen Background: Die traditionellen Völker sind seit Menschengedenken „die Hüter des Waldes“ mit wertvollem traditionellem Wissen. Der Verlust ihrer Heimat, der Ökosysteme, inklusive des Regenwaldes, und damit einhergehend ihrer Kultur, bedeutet für sie, dass sie mit Hunger, Diskriminierung und Gewalt konfrontiert sind.

Der Brasilianer **Prof. Dr. Antônio Inácio Andrioli** schreibt » Bis Ende 2021 überschreitet das Ausmaß der Zerstörungen 20 % im Amazonasgebiet. Bei 25 % kollabiert das System. Wenn ich optimistisch bin, gebe ich uns noch zehn Jahre. Die Ausweitung der Soja- Produktion für den Export – hauptsächlich nach China und Europa – stellt die Existenz der Kleinbäuerinnen und -bauern und Indigenen infrage, die zunehmend verarmen, verhungern und von ihrem Land vertrieben werden. **Soja** wurde zum Hauptexportprodukt Brasiliens, seine Produktion stieg auf **57 % der** brasilianischen **Ackerfläche**, während die Produktion von **Grundnahrungsmitteln** wie zum Beispiel Reis von **28 %** auf **7 % reduziert** wurde. « Deshalb fordert Andrioli: » ... **Tierprodukte kennzeichnen**, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Pestizidrückstände bei der Einfuhr von Soja müssen strenger und transparenter kontrolliert werden. **Kein Soja** aus Brasilien **importieren**, solange es **Menschenrechtsverletzungen** und **Umweltzerstörungen** fördert. ... «

Quelle der Zitate: www.oekom.de/beitrag/warum-die-einfuhr-von-soja-aus-brasilien-gestoppt-werden-muss-292
Antônio Inácio Andrioli ist Träger des Bayerischen Naturschutzpreises 2020, der höchsten Auszeichnung die der BUND Naturschutz vergibt!

Die Situation indigener Völker heute, also nach Lulas Amtsantritt

Die territoriale Rechtssicherheit indigener Völker in Brasilien lässt sehr zu wünschen übrig. Von den insgesamt 1.381 Gebieten, die von Indigenen beansprucht werden, wurden bis Ende 2023 62% immer noch nicht demarkiert (d.h. physische Grenzziehung und Anerkennung), und das, obwohl die brasilianische Verfassung von 1988 festlegte, dass innerhalb von fünf Jahren, also bis 1993, alle Gebiete demarkiert sein müssten. Während der **Amtszeit von Jair Bolsonaro** wurden keinerlei indigene Territorien demarkiert. Bolsonaro äußerte sich wiederholt abschätzig gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe und hatte bereits während seines Wahlkampfs angekündigt „keinen Zentimeter Land“ für Indigene freizumachen. **Lula vertritt zwar eine andere politische Richtung**, in der Praxis vermag seine Regierung jedoch nicht die Schritte einzuleiten, die die Lebenssituation Indigener grundlegend verbessern würden. 2023 wurde ein Ministerium für indigene Völker (Ministério dos Povos Indígenas - MPI) eingerichtet, mit der indigenen Ministerin Sonia Guajajara an der Spitze. Aufgrund dessen unzureichenden finanziellen Ausstattung und der mühsamen Strukturierung (erstmalige Einführung in der Geschichte Brasiliens) ist das Ministerium jedoch nur sehr begrenzt handlungsfähig. Unzureichende finanzielle und personelle Ressourcen hat auch die Indigenenschutzbehörde FUNAI, die ebenfalls von einer indigenen - Joênia Wapixana - geführt wird. Besonders erschwert wird die Umsetzung sinnvoller politischer Vorhaben durch die ungünstigen Mehrheitsverhältnisse im Kongress. Über 50% der Kongressmitglieder gehören der parlamentarischen Agrarfront an und sehen die Rechte Indigener entsprechend als nicht prioritär an. So ist die Verabschiedung des Gesetzes 14.701/2023, welches das Rechtskonstrukt des sog. „marco temporal“ („Stichtagregelung“) legitimiert, nicht verwunderlich. Dieses Rechtskonstrukt besagt, dass Indigene, die nicht beweisen konnten, dass sie zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Verfassung am 05.10.1988 aktiv das von ihnen beanspruchte Gebiet besetzten, kein Anrecht auf jenes Land haben. Die Regelung erkennt somit grundlegend die leidvolle und gewaltsame Vertreibungsgeschichte Indigener in Brasilien. Besonders eklatant ist, dass das Gesetz verabschiedet wurde **obwohl** das Oberste Gerichtshof STF den „marco temporal“ für verfassungswidrig erklärte.

Die **Misereor-Partnerorganisation CIMI** ist die Fachstelle der brasilianischen Bischofskonferenz für indigene Fragen. CIMI verfügt über verschiedene Regionalstellen im ganzen Land und ist somit in der Lage, eine Vielzahl bedrohter indigener Gemeinden zu unterstützen. Zu den vielfältigen Wirkungslinien CIMIs gehören u.a. Rechtsberatung, Begleitung von laufenden Demarkierungsprozessen, Unterstützung von indigenen Mobilisierungsaktionen, Sichtbarmachung der Situation Indigener über Öffentlichkeitsarbeit, Beratung bei der Landnutzung. Von besonderer Bedeutung ist der jährlich von CIMI herausgebrachte Bericht „Gewalt gegen die indigenen Völker Brasiliens“, dessen Zusammenfassung auch auf Deutsch erscheint:

<https://cimi.org.br/2025/07/report-gewalt-gegen-die-indigenen-volker-brasiliens-2024/>

Laut diesem Bericht blieb dieses Gesetz der „Stichtagregelung“ während des gesamten Jahres 2024 in Kraft. Das schwächte die territorialen Rechte der indigenen Völker, schuf Unsicherheit und schürte Konflikte und Angriffe gegen indigene Gemeinschaften in allen Regionen des Landes. Weiterhin wird berichtet, dass in ganz Brasilien, letztes Jahr, (also 2024) 424 Fälle von Gewalt gegen Indigene verzeichnet wurden. Davon 211 Mordfälle und 20 Totschläge. Eine sehr traurige Bilanz zeigen die folgenden Zahlen: im Jahr 2024 wurden 208 indigene Selbstmorde registriert (meist Jugendliche) sowie 922 Todesfälle bei Kindern im Alter von 0 bis 4 Jahren. Diese Tode (Selbstmorde und Kindersterblichkeit) gelten allesamt als vermeidbar und sind auf Vernachlässigung u.a. auch der staatl. Behörden und Gesundheitsfürsorge zurückzuführen.

FÜR ACKERFLÄCHE GEHT WALD UND SAVANNE VERLOREN

Anbaufläche für Sojabohnen in Brasilien im Vergleich zur Größe Bayerns, 2022



Als Beispiel hier die Situation des Volkes der Guarani-Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso do Sul:

Immer wieder sind sie Angriffen von Großgrundbesitzern ausgesetzt, die Indigene als Hindernis für die Ausweitung ihrer agroindustriellen Flächen sehen. Es gibt auch Fälle, in denen ihre Gebetshäuser angegriffen oder niedergebrannt werden, was sich besonders negativ auf den Zusammenhalt der Gemeinden auswirken kann, da diese Häuser nicht nur der Ausübung indigener Spiritualität dienen, sondern auch als Versammlungsorte und entscheidungspolitische Räume fungieren. Die Bedrohungssituation ist so extrem, dass sie einen der zuständigen Staatsanwälte des Bundesstaates dazu veranlasste, die Region als „Gazastreifen Brasiliens“ zu bezeichnen. Der aktuelle Gouverneur von Mato Grosso do Sul, Eduardo Riedel, war selbst lange Vorsitzender einer Agrobusiness-Vereinigung und auch auf Ebene der Richter*innen lassen sich viele persönliche Verbindungen zu diesem Wirtschaftszweig ausmachen. Die Ernährungssituation ist in vielen Gemeinden dramatisch. Sie hängen oftmals von Lebensmittelpaketen ab, die von der Indigenen-Schutzbehörde FUNAI verteilt werden, die aber nicht ausreichen sind, um den realen Bedarf zu decken. Laut dem CIMI-Bericht gab es auch 2024 immer wieder Opfer von Angriffen auf die Guarani und Kaiowá in Mato Grosso do Sul, insbesondere zwischen Juli und September 2024. In einem Szenario der Hoffnungslosigkeit in Bezug auf den Fortschritt der Demarkierungen suchten indigenen Gemeinschaften durch Besetzungen und Wiederbesetzungen ein Mindestmaß an Lebensraum für ihren Lebensunterhalt in ihren eigenen Territorien sicherzustellen. Aus Vergeltung erlitten sie eine Serie von gewalttätigen Angriffen durch Farmer und deren Milizen, mit Duldung – und in vielen Fällen mit direkter Beteiligung – von Polizeikräften. Auch und gerade in diesen letzten Monaten kam es zu Vertreibungen, Einschüchterungen und bedrohlichen Enteignungsattacken auf die Guarani-Kaiowá.

Bitte spenden Sie für den Schutz für die Hüterinnen und Hüter des Waldes!

Kontoinhaber:
Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
IBAN DE75 3706 0193 0000 1010 10
BIC GENODED1PAX | Pax-Bank Aachen
Verwendungszweck:
S15110 AKnE Lindau – Indigene-Brasilien

Noch Fragen? Ihre Ansprechpartner*In:

Werner Zirkel
AK für nachhaltige Ernährung
Lokale Agenda21 – Lindau
✉ werner-zirkel@web.de
☎ 08382 / 273 15 68

Suzanne Lemken
www.misereor.de
52064 Aachen
✉ suzanne.lemken@misereor.de
☎ 0241 442-127

Stand: 10. Oktober 2025